

Teilüberdachung schafft Raum über der A2

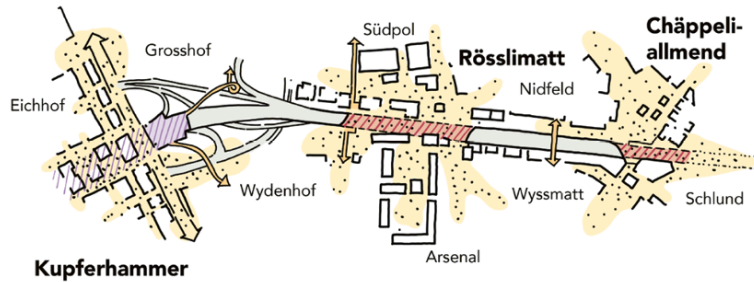
Das Bundesamt für Strassen ASTRA, der Kanton Luzern und die Stadt Kriens haben sich darauf geeinigt, die Überdeckungen über die Autobahn A2 in Luzern Süd umzusetzen und gemeinsam zu finanzieren.

Im Projekt «Gesamtsystem Bypass Luzern» des Bundes sind zur Beseitigung des Engpasses auf der Nationalstrasse A2/A14 im Grossraum Luzern und zur Sicherstellung der Funktionalität der Nationalstrasse mehrere Teilprojekte vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund haben das ASTRA, der Kanton Luzern, der regionale Entwicklungsträger LuzernPlus und die Stadt Kriens gemeinsam den Umgang mit dem offenen Abschnitt der Autobahn A2 zwischen Südportal Tunnel Sonnenberg und Nordportal Tunnel Schlund untersucht. Die Nationalstrasse wirkt heute im Gebiet von Kriens stark trennend.

Trennwirkung vermindern

Mit neuen Siedlungsverbindungen über die Autobahn sollen die Trennwirkung wesentlich verringert, die Siedlungsentwicklung nach innen ermöglicht und der Lärmschutz sowie die Störfallvorsorge verbessert werden. Nun steht der Umsetzungsentscheid für das Nationalstrassenprojekt der Überdeckung A2 Luzern Süd an.



Diese drei Teilprojekte sind vorgesehen: Verlängerung Tunnel Schlund, Überdeckung Arsenal/Rösslimatt sowie die bereits geplante Überdeckung Grosshofbrücke (wird durch den Bund finanziert).

Das vorliegende Vorhaben ist vom Gesamtsystem Bypass Luzern unabhängig, soll jedoch zeitgleich und in Koordination mit dem Bypass Luzern realisiert werden. Das ASTRA ist daher bereit, das nationalstrassenrechtliche Vorhaben im Rahmen seines Handlungsspielraums weitmöglichst zu finanzieren und übernimmt den maximalen Beitrag von 60 Prozent der Gesamtkosten.

Abstimmung im zweiten Halbjahr

Der Nettobeitrag des Kantons beträgt 48,5 Millionen Franken (26 Prozent), der Beitrag der Stadt Kriens 26,12 Millionen Franken

(14 Prozent). Die Realisierung des Vorhabens kann gemäss aktueller Planung ab dem Jahr 2037 erfolgen und die Anlage ca. 2041 in Betrieb genommen werden.

Die Beschreibung der Umsetzung ist in der Umsetzungsvereinbarung festgehalten, welche vorbehältlich der Entscheide des Kantons- und Einwohnerrates unterzeichnet wurde. Fallen diese Entscheide positiv aus, muss auch die Bevölkerung des Kantons Luzern und der Stadt Kriens an der Urne dem Vorhaben zustimmen. Diese Abstimmungen sind im zweiten Halbjahr 2026 vorgesehen.

«Weniger wäre eine verpasste Chance, mehr war nicht erreichbar»

Nach Jahren intensiver Diskussionen liegt für Kriens eine gemeinsam erarbeitete Lösung zum Bypass Luzern vor. Stadtpräsidentin Christine Kaufmann ordnet das Projekt politisch ein und erklärt, warum der Stadtrat klar dahintersteht.

Sie bezeichnen die vorliegende Lösung als grosse Chance für Kriens. Warum?

Christine Kaufmann: Weil es gelingt, eine nationale Verkehrsinfrastruktur so zu gestalten, dass sie für Kriens nicht länger nur Belastung ist, sondern echten Mehrwert schafft. Die Autobahn bleibt wichtig, fügt sich aber besser in den Siedlungsraum ein. Gleichzeitig entsteht neuer Raum für



Freuen sich über die Unterzeichnung der Planungsvereinbarung: ASTRA-Direktor Jürg Röthlisberger, Stadtpräsidentin Christine Kaufmann und Regierungsrat Fabian Peter (von links nach rechts).

Bilder: Kanton Luzern

Stadtentwicklung, Freiräume und bessere Verbindungen zwischen Quartieren.

Der Weg zu dieser Lösung war schwierig.

Was war aus Ihrer Sicht entscheidend?

Entscheidend war, dass alle Beteiligten an einen Tisch gefunden haben. Die vermittelnde Rolle des Kantons Luzern hat einen Dialog auf Augenhöhe ermöglicht. In einem breiten, kooperativen Prozess ist so eine Lösung entstanden, die realistisch, fachlich überzeugend und gemeinschaftlich getragen ist.

Kriens zieht im Gegenzug die Beschwerde gegen das Bypass-Projekt zurück. Weshalb ist dieser Schritt wichtig?

Die Beschwerde wird zurückgezogen, sobald der Einwohnerrat und der Kantonsrat der Finanzierung zugestimmt haben. Wir tun das bewusst, um Planungssicherheit zu schaffen. Mit dem Rückzug der Beschwerde zeigen wir klar, dass Kriens hinter der gemeinsam erarbeiteten Lösung steht. Das ist ein politisches Bekenntnis zur Kooperation und zur Verantwortung im regionalen Kontext.

Was sagen Sie jenen, die finden, Kriens hätte mehr fordern müssen?

Realistisch betrachtet war mehr nicht erreichbar. Und weniger wäre eine verpasste Chance gewesen. Gemäss Bundesgesetz der zweckgebundenen Mineralölsteuer beträgt die Kostenbeteiligung von Seiten ASTRA maximal 60 Prozent. Daher ist das Angebot fair. Wenn wir dieses Angebot nicht annehmen, wird der Bypass ohne städtebauliche Verbesserungen umgesetzt. Diese Chance jetzt zu nutzen, ist aus Sicht des Stadtrats der richtige Entscheid.